



## **Kurt Pätzold – ein abgewickelter DDR-Historiker ohne „Umsatzlungseifer“**

Von Friedrich-Martin Balzer

Kurt Pätzold (1930–2016) war einer von vielen herausragenden Historikern der DDR.

In seiner Schrift „Streitfrage Geschichte“, das 2011 in der edition ost erschien, berichtet er über seine Erlebnisse als „Reisekader“ der DDR, ein Privileg, das nur wenigen vergönnt war. Die mit fotografischem Gedächtnis und dem ihm eigenen Humor und Sarkasmus, mit Scharfsinn und Parteilichkeit aufgeschriebenen Erfahrungen und Erinnerungen aus seiner Zeit als „Reisekader“ der DDR in Sachen Geschichtswissenschaft belegen die wachsende internationale Reputation der DDR-Wissenschaft durch Einladungen in das nichtsozialistische Ausland u. a. nach München, Stuttgart, Bonn, Paris, London, Rom, Wien, New York, Princeton, Neu-Delhi, Kalkutta, Venedig, Madrid, Helsinki, Mailand, Rouen, Strasbourg, Cannes, Stockholm, Koblenz und Klagenfurt.

Im krassen Gegensatz zu dieser internationalen Anerkennung der DDR-Geschichtswissenschaft steht die Tatsache, dass 75% der DDR-Akademiker ihre Arbeitsplätze an den Universitäten, Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen verloren und dass von den 1.878 Professoren, die in den Jahren 1994–1998 in Ostdeutschland beschäftigt waren, nur etwas mehr als einhundert aus Ostdeutschland kamen. In Jena wurden z. B.

95% der Professoren aus der Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät entlassen, in Sachsen 81,9 % aller Hochschullehrer.

Die „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaftler und die Liquidation zahlreicher Forschungsinstitutionen wurde nach dem vollzogenen Anschluss der DDR u. a. auch damit begründet, dass die DDR eine „Wissenschaftswüste“ gewesen sei, nichts anderes als ein „Dienstleistungsunternehmen der führenden Staatspartei“.

In Wahrheit war der strategische Vorsatz der Abwicklung gerichtet auf die Ausschaltung einer Strömung geschichtswissenschaftlichen Denkens, Forschens und Lehrens, deren theoretischer Ausgangspunkt der historische Materialismus war. Am Ende stand – unter vielfachem Protest u. a. von Eric Hobsbawm – kompromissloses Liquidatorentum, das auch vor der Schließung des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte unter Thomas Kuczynski und des international hochangesehenen Instituts für Kultur- und Universalgeschichte in Leipzig mit Walter Markov und Manfred Kossok, nicht Halt machte.

Nach dem euphemistisch und fälschlich als „Wiedervereinigung“ bezeichneten Anschluss des zweiten deutschen Staates an die alte Bundesrepublik wurde die DDR im Zuge des „Anschlusses“ tatsächlich „behandelt wie ein im Krieg besiegter Staat“ (Ronald Friedmann).

Übersehen wird in der „deutschen juristischen Weltanschauung“ (Helmut Ridder), dass kein Staat dem „Geltungsbereich des Grundgesetzes“ beitreten kann, es sei denn, man betrachtet in völkerrechtlich abenteuerlicher Weise die DDR-Staatsgründung als abtrünnige Sezession von der BRD. Eine „Wiedervereinigung“ zwischen zwei Staaten, die nie zusammengehört haben, ist „Blödsinn“ (Helmut Ridder). Die bedingungslose Kapitulation des „Dritten Reiches“ beendete nämlich die Existenz des Deutschen Reiches.

*Die DDR – ein „Unrechtsstaat“?*

Diejenigen, die die DDR als „Unrechtsstaat“ etikettieren – Unrechtstatbestände gab es in der DDR zweifellos –, sollten sich an das englische Sprichwort erinnern: „Wer im Glashaus sitzt, soll nicht andere mit Steinen bewerfen.“

Gegenüber der sich als „Rechtsstaat“ gerierenden BRD, die mit Verachtung auf den „Unrechtsstaat“ der DDR herabblickte, konstatierte Ingo

Müller 2006 in einer vergleichenden Studie über die Aufarbeitung des Nazi-Unrechts in beiden deutschen Staaten: „In der Bundesrepublik und Westberlin wurden Vorermittlungsverfahren gegen 106.496 Personen eingeleitet, von denen allerdings nur 4.482 verurteilt wurden. Auf dem Gebiet der DDR gab es 12.879 Verurteilungen. Das sind doppelt so viele und bezogen auf die Bevölkerungszahl sogar sechsmal mehr. Freisprüche waren in der DDR-Rechtsprechung gegen NS-Täter seltener (BRD 49% der Anklagen, DDR 17%), die Strafen waren höher, der Prozentsatz der Schreibtischtäter unter den Verurteilten sehr viel höher“.

Obwohl aus den stenographischen Protokollen des Parlamentarischen Rats aus den Jahren 1948/49 eindeutig hervorgeht, dass Artikel 139 GG gebietet, Faschismus aus dem staatlichen Leben für die Dauer und nicht nur vorübergehend zu verbannen („Die zur ‚Befreiung des deutschen Volkes vom Nationalsozialismus und Militarismus‘ erlassenen Rechtsvorschriften werden von den Bestimmungen dieses Grundgesetzes nicht berührt“), ist es der BRD, anders als in der DDR, nicht gelungen, diesem Gebot konsequent nachzukommen. Stattdessen wurde in der BRD die KPD, als stärkste Kraft im Widerstand gegen den Faschismus, in verfassungswidriger Weise (Josef Foschepoth) verboten.

Trotz aller inzwischen erfolgten Anstrengungen zur Aufarbeitung war die BRD ein Staat und eine Gesellschaft, in der

- im Jahre 1949 von 924 Richtern und Staatsanwälten 751 (81%) in Bayern ehemalige Parteigänger der NSDAP waren,
- der offizielle Kommentator der Nürnberger Rassegesetze Hans Globke zur grauen Eminenz unter Konrad Adenauer aufstieg,
- Theodor Maunz als einer der hervortretendsten Repräsentanten des NS-Staatsrechts und Kronjurist des NS-Polizeirechts, wissenschaftlicher Experte bei Instituten, die im Dienst des Reichssicherheitshauptamtes standen, zum Mitverfasser und Standard-Kommentator des Grundgesetzes aufstieg,
- das 131er-Gesetz vom 11. Mai 1951 in Ausführung des Art. 131 GG, das allen Nazis – mit Ausnahme derjenigen, die im Entnazifizierungsverfahren zu Hauptschuldigen (Gruppe I) und Schuldigen (Gruppe II) eingestuft worden waren – einen *Rechtsanspruch* auf Wiedereinstellung gewährte, was zu einer regelrechten Renazifizierung

- der BRD in den 50er Jahren führte und auch Angehörigen des Sicherheitsdienstes (SD) und der Gestapo die Wiederverwendung im öffentlichen Dienst eröffnete,
- Straftaten mit einer Höchststrafe von bis zu 15 Jahren am 8. Mai 1960 verjährten,
  - noch 1962 77% der Richter am Bundesgerichtshof ihre Sporen im Nazi-Regime erworben hatten,
  - der Spezialist für die „Blutschutzgesetze“ und Teilnehmer der Wannseekonferenzen Franz Massfeller als Ministerialrat im Bundesjustizministerium hochbezahltes Unterkommen fand,
  - Eduard Dreher, Erster Staatsanwalt am Sondergericht Innsbruck, nach 1945 als Ministerialdirektor im Bundesjustizministerium die Federführung bei der Einführung eines neuen § 50 Abs. 2 StGB inne hatte, der mit einer Generalamnestie, einer „Amnestie durch die Hintertür“ (Ingo Müller), dazu führte, dass Mordplaner nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden konnten,
  - gegen die Schreibtischtäter des Reichssicherheitshauptamtes, der Mord-Zentrale des Nazi- Regimes, u. a. gegen den Amtschef Prof. Hans Six, kein bundesdeutsches Hauptverfahren eröffnet wurde,
  - der in Frankreich als „Henker von Lyon“ gesuchte Klaus Barbie dank der Zentralen Rechtsschutzstelle des Auswärtigen Amtes nach Bolivien entkommen konnte und dabei auch zeitweise Informant des BND war,
  - Landtags- und Bundestagsabgeordnete, Minister – die Mehrheit des Bundeskabinetts der Großen Koalition (1966-1969) unter Kurt Georg Kiesinger war parteiübergreifend einst Mitglied der NSDAP bzw. ihrer Unter- und Nebenorganisationen gewesen –, Ministerpräsidenten und Bundeskanzler, die im Naziregime eine unrühmliche Rolle gespielt hatten, sich mehr oder weniger unbehelligt am politischen Geschehen der BRD beteiligten,
  - durch ihre Nazi-Vergangenheit belastete Spitzen und Mitarbeiter von BND und des Bundesamtes für Verfassungsschutz sowie Angehörige der Nazi-Generalität fast unbehelligt ans Werk gingen,

- der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz von 1972 bis 1975, Günther Nollau – sein Vorgänger Hubert Schrübbers musste wegen seiner Nazi-Vergangenheit zurücktreten – in seinem Interview mit dem *Spiegel* 1972 erklärte, bei Abwägung der gegen „Rechts- und Linksradikalismus“ zu ergreifenden Maßnahmen könne man „gegen Scharlach und Syphilis“ nicht dasselbe Mittel anwenden,
- die Kontinuität des politischen Strafrechts als Gesinnungsjustiz von 1934 bis 1951 unübersehbar blieb,
- das Staatsschutzrecht der BRD vom Ministerialrat im Bundesjustizministerium Dr. Josef Schafheutle verfasst wurde, der bereits 1934 an der Ausarbeitung des politischen NS-Sonderstrafrechts beteiligt war,
- das 1. Strafrechtsänderungsgesetz vom 11. Juli 1951 („Blitzgesetz“) dazu führte, dass gegen 250.000 Bundesbürger, Mitglieder der 1956 verbotenen KPD und andere Linksoppositionelle des Adenauer-Regimes ermittelt wurde, was 10.000 Verurteilungen zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen zur Folge hatte,
- von den 170 Juristen, die von 1949 bis 1973 in Leitungspositionen des bundesdeutschen Justiz-Ministeriums tätig waren, 90 der NSDAP und 34 der SA angehört hatten und
- mehr als 15 Prozent vor 1945 im nationalsozialistischen Reichsjustizministerium selbst tätig waren. (Manfred Görtemaler/Christoph Safferling)

Kurz: „Die Re-Etablierung reueloser nationalsozialistischer Funktionseleiten ist durch Namen wie Globke, Oberländer, General Foertsch, Friedrich Flick, Hermann Josef Abs (des NS-Chef-Ariseurs) vollzogen worden.“ (Hans E. Schmitt-Lermann)

Alle drei Staatsgewalten im Nachkriegsdeutschland haben, so Ingo Müller, bei der Strafverschonung der NS-Täter perfekt zusammengearbeitet. („Strafvereitelungskartell“)

„Während es nach 1990 in den neuen Bundesländern einen fast totalen Elitewechsel gab, waren wenige Jahre nach 1945 fast alle ehemaligen Nazis in die Hochschulen, die Justiz, das Beamtentum und die Bundeswehr zurückgekehrt.“ (Georg Iggers)

Die unterlassene Säuberung in Staat und Gesellschaft nach 1945 in Westdeutschland und die massive Säuberung nach 1990 in Ostdeutschland

dienten einem gemeinsamen Zweck: der Stabilisierung und Ausdehnung bürgerlich-kapitalistischer Herrschaftsverhältnisse.

Übrigens wurde an der Humboldt-Universität auch der Bereich „Systemgestaltung und automatisierte Informationsverarbeitung“ der Sektion Wissenschaftstheorie und Wissenschaftsorganisation (WTO) abgewickelt. Verantwortlich war der frühere Generalstabsoffizier und SS-Standartenführer des Panzer-Grenadier-Bataillons Götz von Berlichingen, Dr. Krelle. Als Vorsitzender der Struktur- und Berufungskommission war Krelle verantwortlich für die Entlassung von 644 von insgesamt 782 Hochschullehrerinnen und Hochschullehrern der Humboldt-Universität. Hierfür wurde Krelle – unter Protest u.a. von Klaus Fuchs-Kittowski – mit dem ersten Ehrendoktor der neugestalteten Humboldt-Universität ausgezeichnet.

Die weitgehende Zerschlagung wissenschaftlicher Einrichtungen und der rigorose Elitenwechsel führten so zu einem „von kapitalistischen Wirtschafts- und Politikinteressen geprägten Wissenschaftssystem in Gesamtdeutschland“. (Manfred Weißbecker)

### *Stalinismus und Antikommunismus*

Dass es während des Kalten Krieges zwischen Ost und West seit den 50er Jahren schlimme Deformationen des Denkens (im Osten: Stalinismus, im Westen: McCarthyismus) gegeben hat, darf als bekannt vorausgesetzt werden. Unvergessen sind die mörderischen Verbrechen Stalins, insbesondere an Antifaschisten und Kommunisten, die Zuflucht in der Sowjetunion suchten. Sie sind nach wie vor ein entsetzlicher Schatten, der über dem Aufbau der Sowjetunion liegt. Genannt seien hier z.B. das Schicksal von Walter und Wolfgang Ruge sowie des Vaters von Margot Goldstein.

Die verbrecherischen Kriege z. B. gegen Korea und Vietnam, Millionen Tote verursachend und geführt im Namen des Antikommunismus à la McCarthy, sind fast vergessen bzw. werden in alter Manier zwecks aktueller Kriegspropaganda aufgewärmt.

„Kein Staat rund um die Welt bis in die jüngste Gegenwart“ hat seit 1945 „häufiger und offensiver in anderen Ländern interveniert als die USA: Iran (1953), Guatemala (1954), Libanon (1957-1958), Kuba (1961), Vietnam (1964-1975), Dominikanische Republik (1965), Griechenland (1967), Kambodscha (1970), Chile (1973), Grenada (1983), Nicaragua (1981-1984), Panama (1989), Irak (1998), Afghanistan (2003), Irak (2003), Libyen

(2011), um nur die offensichtlichsten Fälle zu erwähnen“. Nachzulesen im Standardwerk Stuby/Paech „Völkerrecht und Machtpolitik in den internationalen Beziehungen“, Hamburg <sup>2</sup>2013.

Die Zielsetzung der US-amerikanischen Außenpolitik seit 1945 definiert Gabriel Kolko, Professor an der York Universität von Toronto, als „ein Bemühen, eine weltweite kapitalistische Ordnung zu schaffen, die so organisiert ist, dass die USA sie beherrschen oder zumindest von ihr profitieren können“.

Allein zwischen 1991 und 2018 haben die USA in über 100 Fällen kriegsrisch interveniert, in den wenigsten Fällen mit Zustimmung des Sicherheitsrates der UN. Militärische Interventionen wurden, wie im Korea-Krieg, durch „Knebelung des Sicherheitsrates“ (Stuby/Paech) und aufgetischte Lügen wie u. a. im Irak-Krieg erzielt.

Die Hauptangeklagten der angeblich „regelbasierten Wertegemeinschaft“ in der Systemkonkurrenz ab 1917 können sich also fragen: „Wer klagt hier wen an?“ Who is telling me? Gleichwohl gilt auch hier das Diktum Bert Brechts: „Mögen andere von *ihrer* Schande sprechen, ich spreche von der *meinen*“.

*Aufarbeitung des Faschismus in der Geschichtswissenschaft beider deutschen Staaten*  
Naheliegender war, dass sich die DDR-Geschichtswissenschaft nach 1945 zunächst hauptsächlich mit dem kommunistischen und Arbeiter-Widerstand gegen den Faschismus beschäftigte, während die BRD-Geschichtswissenschaft vor allem auf den „bürgerlichen Widerstand“ ihr Augenmerk richtete. Es dauerte jedoch bis in die 50er Jahre hinein, bis die Männer und Frauen des 20. Juli 1944, dank des Engagements von Fritz Bauer im Remer-Prozess, nicht mehr als „Landes- und Hochverräter“ diffamiert werden durften. Fortan wurde der zum Mythos erhobene Widerstand des 20. Juli 1944 offiziell gepflegt. Dabei wurde die verspätete Revolte einiger Generale Hitlers und einiger großbürgerlicher Politiker fälschlicherweise als „die“ deutsche Widerstandsbewegung dargestellt.

Wir leben in einer nachfaschistischen Gesellschaft, in der, so Wolfgang Abendroth, „mangels Drucks der Arbeiterklasse noch nicht einmal die eigenen herrschenden Klassen vor der Totalniederlage im Krieg die Kraft gefunden haben, ein vertragsfähiges Übergangsregime zu schaffen oder auch nur ernstlich zu konzipieren. Der 20. Juli 1944 war gegenüber jener Großratssitzung der faschistischen Partei Italiens, die Mussolini absetzte, eine lächerliche Farce. Unsere Görderlers und Becks hatten noch nicht

einmal ernstlichen Rückhalt in ihrer eigenen Sozialschicht; von Konspiration verstanden sie überhaupt nichts und ihre politischen Konzeptionen liefen jeweils um ein Jahr hinter den Ereignissen und den realen Möglichkeiten für den deutschen Kapitalismus her, so daß sie selbst zur Zeit ihres Putsch-Versuches längst antiquiert war.“

In Wahrheit entstand die Verschwörung vom 20. Juli also „erst eineinhalb Jahre nach der kriegsentscheidenden Niederlage von Stalingrad, [...] als bereits für jeden denkenden Deutschen die Niederlage Hitlers unabwendbar herannahte.“ (Alexander Abusch) Aber auch in der DDR wurden die Verschwörer des 20. Juli 1944 ab 1967 in zahlreichen Buch-Veröffentlichungen von Kurt Finker gewürdigt.

Insbesondere die Kirchengeschichtsschreibung, aber auch die übrige Literatur zum „Widerstand“ gegen den Faschismus diente im Westen einzig und allein der Rechtfertigung und Selbstreinigung der Bourgeoisie, die den systemischen Zusammenhang von Kapitalismus und Faschismus (Max Horkheimer) zu leugnen suchte.

Der Nestor der bürgerlichen Geschichtswissenschaft, Gerhard Ritter, einer der treibenden Kräfte im Geschäft bei der Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft, verstieg sich zu der vielzitierten, aberwitzigen These, dass „nur die Kirchen in der Hitler-Zeit so etwas wie eine Volksbewegung gegen den Nazismus in Gang gebracht haben“.

Der Begriff „Faschismus“ und die Tatsache, dass Kommunisten den größten Teil des antifaschistischen Widerstands stellten, wurde nicht zufällig aus der herrschenden Geschichtsschreibung der BRD verdrängt. Diese war nicht an der Überwindung des Faschismus interessiert, „sondern an der Selbstrechtfertigung der deutschen Bourgeoisie gegenüber ihrer faschistischen Vergangenheit“ (Hanfried Müller). Statt des Begriffs Faschismus wurde die demagogische Selbstbezeichnung der Nazis „Nationalsozialismus“ verwendet, weil damit der sog. „Totalitarismus-Theorie“ Vorschub geleistet werden konnte: Sozialismus gleich Nationalsozialismus.

Unter dem Eindruck des Zivilisationsbruchs der systematischen und millionenhaften Verfolgung und Ermordung der Juden Europas entstand ein besonderes Forschungsinteresse der westdeutschen Geschichtswissenschaft, wobei allerdings die Täter weitgehend juristisch unbehelligt blieben und in den 50er Jahren sogar von einer Re-Nazifizierung der Bundes-



republik durch Art 131 GG verfassungsmäßig abgesicherte Eingliederung ehemaliger Nazis in den Staatsapparat gesprochen werden kann.

Antisemitismus wurde unter der Decke gehalten, Philosemitismus wurde zur herrschenden ideologischen Erscheinung. Beide stellen aber, so Wolfgang Abendroth, im Grunde nur zwei Seiten der gleichen Medaille dar.

Die Restaurationsgesellschaft des von den Westmächten angeordneten Separatstaates BRD, die seit der amerikanischen Wendung zum Kalten Krieg entstanden war, „beruhte darauf, dass die Macht und die Positionen der Gesellschaftsgruppen, die seit der großen Weltwirtschaftskrise in der ersten Phase die Wendung zur autoritären Diktatur des Reichspräsidenten, in der zweiten Phase die Machtüberleitung zum nationalsozialistischen Regime, im Endergebnis das Dritte Reich und damit die Krisenüberwindung durch Hochaufrüstung, imperialistische Außenpolitik, innenpolitischen Terror und Raubkrieg getragen haben, wiederhergestellt worden sind. Das einzige Lösegeld, das die herrschende Klasse und die hohe Bürokratie zahlen mussten, war die formelle Preisgabe der antisemitischen Zwangsvorstellungen und also die Bekundung formellen Bedauerns für die Mordaktionen, denen einst alle diese Schichten ihren Segen erteilt hatten“. (Wolfgang Abendroth)

Das Recht auf imperialistisches Verhalten, das man seit dem ersten „Griff nach der Weltmacht“ (Fritz Fischer) in Anspruch genommen hatte, sollte sobald wie möglich – wenn auch in neuen Formen – mindestens gegenüber der DDR und den sozialistischen Staaten, aber auch gegenüber den industriell nicht entwickelten Völkern, wieder in Anspruch genommen werden. Ob nun die Roll-Back-Strategie oder die Politik des Wandels durch Annäherung im Vordergrund stand: Die Bundesregierung wollte sich mit der Existenz eines zweiten deutschen, sozialistischen Staates nicht abfinden.

Kurz: Von der antijüdisch-antibolschewistischen Zielrichtung der Nazis blieb in der BRD nur der Antibolschewismus übrig. „Das Feindbild ‚Jude‘ musste man aufgeben. Aber gegen die Kommunisten konnte man weitermachen wie zuvor.“ (Ingo Müller).

Antisemitismus wurde der DDR-Politik unterstellt. Aber auch diese unverschämte Lüge widerlegte Kurt Pätzold auf breiter Quellenbasis und führte als Belege die politische, künstlerische und wissenschaftliche Publizistik gegen den Antisemitismus in der DDR an. Votbehalte, die es gegen

die Politik Israels gab, waren kein Ausdruck antijüdischer Position. Es hat in der DDR keinen Antisemitismus gegeben, was natürlich nicht ausschließt, dass es unterschwellig in der Bevölkerung nach so vielen Jahren Faschismus auch antisemitische Vorurteile gab.

Im Übrigen ist die Immigration zahlreicher namhafter jüdischer und des Antisemitismus unverdächtigter Intellektueller und Schriftsteller aus dem westlichen Ausland in die DDR offenbar vergessen, während Thomas Mann in der Bundesrepublik unwillkommen war. Nachdem die Dissertation von Hans Heinz Holz in der BRD aus fadenscheinigen, politischen Gründen in der ach so freiheitlichen Demokratie der Bundesrepublik nicht anerkannt wurde, promovierte er bei Ernst Bloch in Leipzig.

### *Wahn und Kalkül?*

Wie in „Wahn und Kalkül. Der Antisemitismus mit dem Hakenkreuz“, Köln 2012, ist mit Pätzold zu fragen, ob es sich bei der sogenannten „Abwicklung“ der DDR-Geschichtswissenschaft nicht um ein Stelldichein vom Wahn des Antimarxismus und Antikommunismus mit dem Kalkül der territorialen Expansion von Macht und Herrschaft handelte. Beim Wahn des Antisemitismus und des Antikommunismus gab es Profiteure auf allen Ebenen zuhauf.

In Wahrheit handelt es sich, wie Werner Röhr in seiner zweibändigen empirischen Dokumentation über die „*Abwicklung: Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR*“, Berlin 2011/2012, auf 1141 Seiten (!) dokumentiert, um die umfangreichsten Berufsverbote in der deutschen Geschichte, den Faschismus eingeschlossen.

„Die Eliminierung, zumindest aber die Marginalisierung von Marxismus, Sozialismus und jeder Art von kritischer antikapitalistischer Geschichtsforschung (hatte) oberste Priorität“, stellte der US-amerikanische Professor William A. Pelz unter dem Titel „Die Rache der Krupps“ fest.

Das Schicksal der in Not und Elend durch Arbeitslosigkeit getriebenen Menschen verpflichtet zur Erinnerung und Aufarbeitung dieses einmaligen Vorgangs.

### *Aufrechter Gang*

Kurt Pätzold, selbst Opfer dieser Säuberung, verstummte wie viele andere DDR-Historiker nicht. Er ließ sich nicht unterkriegen und setzte seine Forschungs- und Publikationstätigkeit nach seiner Kündigung 1992 in

verstärktem Maße geradezu rastlos fort. Seine Publikationsverzeichnis enthält nach 1990, also für seine letzten 26 Jahre allein 40 selbständige Buchveröffentlichungen, 7 Herausgeberschaften, 101 Aufsätze und Vorträge, 343 Rezensionen und 714 Artikel in Zeitungen und Zeitschriften. Hier seien nur die zwei Bände der mit Manfred Weißbecker herausgegebenen, 2002 in Leipzig erschienenen „Schlagwörter und Schlachtrufe. Aus zwei Jahrhunderten deutscher Geschichte“ und das unter seiner Leitung publizierte Lexikon „Biographien zur deutschen Geschichte von den Anfängen bis 1945“ genannt. Kurt Pätzold war kein „geschmeidiger Wendehals“ (Hermann Klenner), der vom „Umsattlungseifer“ (Wolfgang Ruge) getrieben wurde.

Noch in seinem Todesjahr 2016 schrieb Pätzold auf meine Bitte ein Nachwort zur geplanten Neuveröffentlichung von Alexander Abuschs grundlegendem Werk „Der Irrweg einer Nation“, zuerst 1945 in Mexiko, sodann in der SBZ und der DDR in zahlreichen Auflagen erschienen.

In einem Nachruf auf Kurt Pätzold distanzierte sich Wolfgang Benz vorsichtig von der von westdeutschen Geschichtswissenschaftlern mitgetragenen „Säuberungsaktion“ und konzidierte immerhin, dieser habe mit seiner Arbeit *Faschismus, Rassenwahn, Judenverfolgung* (1975) ein „bedeutsames Zeichen der marxistischen Antisemitismus- und Faschismusforschung“ gesetzt. Aber auch mit Pätzolds Studien zum Nationalsozialismus als deutscher Variante des Faschismus und zur Geschichte der NSDAP seien mit Manfred Weißbecker „beachtliche Forschungsleistungen“, entstanden. Zudem habe Pätzold, teilweise zusammen mit Manfred Weißbecker, mit seinen biographischen Arbeiten zu Adolf Hitler, Rudolf Heß, Julius Streicher und dem Transportoffizier Adolf Eichmanns, Franz Novak, teilweise Neuland betreten und „neue Perspektiven eröffnet“. Pätzold sei über den materialistisch-dialektisch orientierten Kreis hinaus auch für die Historikerzunft insgesamt ein „bedeutende[r] Kollege“ gewesen.

Deutlicher spricht Konrad H. Jarausch, Professor für Europäische Zivilisationen in North Carolina, von „unleugbaren Verlusten“, die durch die Zerschlagung der DDR-Geschichtswissenschaft entstanden sind. Und Georg G. Iggers, Emeritus an der Universität Buffalo, stellte explizit fest, dass die „DDR-Wissenschaft im Jahre 1989 einen Stand erreicht hatte, der es ihr erlaubte, einen substantiellen Beitrag zum internationalen Forschungsstand zu leisten“.

Der Tod von Kurt Pätzold am 18. August 2016 war ein großer Verlust für die Entfaltung antifaschistischen Geschichtsbewusstseins in Deutschland – gegen den Strom scheinbar unausrottbar herrschender Legenden im Geschichts- und Alltagsbewusstsein und einer von teils blindwütigem Antikommunismus verseuchten Kultur, einem Antikommunismus, den Thomas Mann 1946 die „Grundtorheit unsere Epoche“ bezeichnet hatte. „Die Ideologie des Antikommunismus“, das „klapprige Gespenst des Kommunismus von 1848, 1918 und 1933“ (Alexander Abusch) und 1945, „unter dem Vorwand der Verteidigung von ‚Demokratie‘, ‚Humanität‘ und ‚rechtsstaatlichem Schutz gegen totalitäre Staatsmacht“ ist, so Wolfgang Abendroth, „in der Realität das Gleiche geblieben, was sie einst als (wenn auch nicht einzige) Basis des deutschen ‚Nationalsozialismus‘ gewesen war – die ideologische Begründung für die extremste Negation von Humanität und Demokratie zwecks Aufrechterhaltung monopolkapitalistischer Herrschaft.“

Die weitgehende institutionelle und personelle „Abwicklung“ der Geschichtswissenschaft der DDR konnte nur gelingen, weil sich, so Peer Pasternack, Direktor des Instituts für Hochschulforschung an der Universität Halle-Wittenberg, ein „antikommunistischer Furor Bahn gebrochen“ hatte.

Das Leben von Kurt Pätzold kann uns jedoch helfen, unserem Weg Kraft und Stärkung zu geben und trotz alledem am Ende die aus Freud und Leid, Erfolg und Niederlage, Tatkraft und Bewährung gewachsene und erfahrene Erkenntnis auszusprechen, die Louis Fürnberg in die Worte gefasst hat:

*„Jedes Feuer, das mein Herz gefangen / Jede Sorge, die mein Herz beschlich / War's oft schwer, so ist's ja doch gegangen. / Narben blieben, doch es lohnte sich. / Unser Leben ist nicht leicht zu tragen. / Nur wer fest sein Herz in Händen hält, / hat die Kraft zum Leben Ja zu sagen / und zum Kampf für ein neue Welt.“*